

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 18. September 1969

Nummer 38

Heberle

Zur Wirtschaftslage

Tendenz zum internationalen Wachstumsgleichschritt erschwert Zahlungsbilanzausgleich

In der westlichen Welt war die Wirtschaftsentwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres durch eine Scherenbewegung gekennzeichnet. Während sich die Expansion in den kontinentaleuropäischen Industrieländern insgesamt noch beschleunigte, schwächte sie sich in den angelsächsischen Volkswirtschaften ab. Mit einer Fortsetzung dieser Scherenbewegung kann jedoch kaum gerechnet werden. Vielmehr ist nun auch eine Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums in Kontinentalwesteuropa zu erwarten. Die sich abzeichnende Tendenz zum internationalen Gleichschritt steht dem notwendigen Abbau der Zahlungsbilanzdefizite in den angelsächsischen Ländern entgegen. Wird verhindert, daß Überschußländer über einen längeren Zeitraum hinweg erheblich stärker expandieren als Defizitländer, so sind Überschuß- und Defizitpositionen ohne Wechselkursänderungen nicht zu beseitigen. Bei den gegenwärtigen Konjunkturaussichten ist es daher sehr wahrscheinlich, daß die Wechselkursdiskussion erneut in den Vordergrund tritt.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika müßte bei Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Restriktionskurses mit einer weiteren Wachstumsverlangsamung im Laufe dieses Jahres gerechnet werden. Die Investitionsplanungen der privaten Unternehmen sind nun ein zweites Mal in diesem Jahr — als Folge des Kapazitäten nur unzureichend auslastenden Produktionswachstums — nach unten

revidiert worden. Wenn auch nach den revidierten Planungen die Investitionen für das ganze Jahr noch zunehmen, so ist doch nicht auszuschließen, daß ohne wirtschaftspolitische Gegensteuerung die künftige Investitionsentwicklung einen Wirtschaftsrückgang einleitet. Die amerikanische Regierung befindet sich gegenwärtig in einer Zwangslage, weil trotz abgeschwächten Wirtschaftswachstums bisher weder eine Verlangsamung des Preisauftriebes noch eine Beseitigung des Zahlungsbilanzdefizits zu erkennen ist. Während zur Verhinderung eines Wirtschaftsrückgangs und steigender Arbeitslosigkeit, die die sozialen Konflikte verschärfen würde, nun wieder ein expansiver wirtschaftspolitischer Kurs eingeschlagen werden müßte, verlangt die Beseitigung des Preisauftriebs und des Zahlungsbilanzdefizits eher die Beibehaltung der Restriktionspolitik. Es ist anzunehmen, daß die amerikanische Regierung aus politischen Gründen eine Rezession nicht zulassen wird. Entscheidet sie sich aber für einen Wechsel des wirtschaftspolitischen Kurses, so wird der Zwang, den notwendigen Zahlungsbilanzausgleich mit anderen als mit dämpfenden Maßnahmen anzusteuern, immer größer. In der Wechselkursfrage müßte sie dann eine andere Haltung als bisher einnehmen.

Auch in Großbritannien stehen die wirtschaftspolitischen Instanzen vor dem Dilemma, daß die Beseitigung der Außenwirtschaftsschwierigkeiten und des Preisauftriebs eine andere Wirtschafts-

politik erforderlich machen als die Ingangsetzung eines befriedigenden Wirtschaftswachstums und die Vermeidung steigender Arbeitslosigkeit. Allerdings weichen die einzelnen Prognosen der Wirtschaftsentwicklung bei unveränderter Restriktionspolitik stark voneinander ab. Einerseits rechnen die offiziellen Stellen mit einer Beschleunigung des Sozialproduktwachstums im Laufe der nächsten Monate auf real 3 vH (Jahresrate) und einem Zahlungsbilanzüberschuß, der zwar noch nicht die Zielgröße von 300 Mill. £ erreicht, der jedoch im Vergleich zu den Defiziten der Vorjahre einen beachtlichen Tendenzwandel zum Ausdruck brächte. Andererseits prognostiziert das National Institute of Economic and Social Research ein weiterhin mäßiges Wirtschaftswachstum und einen nur bescheidenen Zahlungsbilanzüberschuß in absehbarer Zukunft. Für das Institut sind daher die binnen- und außenwirtschaftlichen Ziele gegenwärtig nur gemeinsam zu erreichen, wenn eine stärkere Expansion durch eine weitere Entliberalisierung der Außenwirtschaft erkauft würde. Aber auch, wenn man der offiziellen optimistischen Prognose folgt, kann nicht davon gesprochen werden, daß die Ziele: ein befriedigendes Wirtschaftswachstum und ein — für die Schuldentilgung — ausreichender Zahlungsbilanzüberschuß in der näheren Zukunft erreicht werden. Eine — langfristig erwünschte — Beschleunigung des Expansionstempos würde auch in diesem günstigen Fall zu einer auf die Dauer nicht tragbaren Zahlungsbilanzbelastung führen. Die Frage, ob der jetzige Pfundkurs auf längere Sicht zu halten sein wird, gewinnt unter diesen Umständen erneut an Bedeutung.

Die künftige wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich wird entscheidend von der Durchschlagskraft der wirtschaftspolitischen Maßnahmen abhängen, die auf eine Drosselung der privaten und öffentlichen inländischen Nachfrage gerichtet sind. Umfangreiche Sparförderungsmaßnahmen und verschärfte Konditionen für Konsumentenkredite werden zu einer Einschränkung des privaten Verbrauchswachstums führen. Der Einsatz steuerpolitischer Mittel bei Banken und Unternehmen wird darüber hinaus durch Einengung des Finanzierungsspielraums auch die Investitionsneigung tangieren.

Das Wachstum der öffentlichen Ausgaben wird — durch das Einfrieren von jetzt insgesamt 5,6 Mrd. Franc geplanter Investitionsausgaben im Konjunkturreservfonds — noch in diesem Jahr auf etwa 12 vH (ursprünglich geplant: 16,1 vH) Jahreszuwachs reduziert. Vor allem infolge dieser Ausgabenbeschränkungen soll sich 1969 das Haushaltsdefizit auf rund 4 Mrd. F gegenüber einem ursprünglichen Planansatz von reichlich 6 Mrd. F ver-

ringern. Kann die Regierung ihr Programm verwirklichen, so ist für 1970 mit einem vollständigen Abbau des Haushaltsdefizits zu rechnen; denn trotz einer Herabsetzung der Mehrwertsteuersätze und einer Anhebung der Progressionsstufen bei der Einkommensteuer werden — bei einer geplanten Ausgabensteigerung um 6,5 vH — für 1970 Mehreinnahmen in Höhe von 12 vH des Steueraufkommens von 1969 erwartet. Das nominale Sozialproduktwachstum würde in diesem Falle auf rund 8, das reale Wachstum auf rund 4 vH vermindert werden. Die Einschränkung der Binnennachfrage soll darüber hinaus im nächsten Jahr auch den Handelsbilanzausgleich herbeiführen.

Da die französische Regierung für 1970 eine Preissteigerung von rund 4 vH einplant, erscheinen ihre Ziele als durchaus erreichbar. Selbst wenn sich in den kommenden Monaten der Tariflohnanstieg noch beschleunigt, dürfte dies nicht voll auf die Effektivlöhne durchschlagen, weil unter dem Einfluß der zu erwartenden Wachstumsverlangsamung die Lohndrift geringer wird. Geht der Lohnanstieg aber künftig nicht weit über den gegenwärtigen Zuwachs von rund 3 vH (Jahresrate) hinaus, so hält er sich in den Grenzen der eingeplanten Preissteigerungen sowie der zu erwartenden Produktivitätsfortschritte, die sich infolge des kräftigen Investitionsanstiegs in diesem Jahr beschleunigen werden.

In Italien scheint der wirtschaftliche Aufschwung seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Nachdem im 1. Quartal 1969 noch ein konjunkturelles Wachstum des Bruttosozialprodukts von rund 7 vH (Jahresrate) erreicht worden war und die Auftragsbestände in der Industrie auch im 2. Quartal noch verstärkt zugenommen hatten, dürfte sich das Wachstumstempo seit der Jahresmitte nicht weiter beschleunigt haben. In den einzelnen Bereichen ist die Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich. So scheint in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien die Beschleunigung noch anzuhalten, während die Produktion der Investitionsgüterindustrien seit dem Frühjahr mit einer konjunkturell etwa gleichbleibenden Rate expandiert. Dagegen schwächt sich das Produktionswachstum in der Konsumgüterindustrie bereits ab. Bis zum Jahresende wird jedoch auch in den übrigen Bereichen mit einer geringen Verlangsamung gerechnet.

Die Anlageinvestitionen als empfindlichste aller Komponenten der Güterverwendung könnten allerdings von der Verbrauchsabschwächung künftig überproportional getroffen werden, wenn nicht vom Staat und der Auslandsnachfrage zusätzliche Impulse ausgehen. Die Exporte lagen im ersten Halbjahr 1969 um rund 22 vH über ihrem Vorjahrsstand, sie erreichten damit nicht ganz das Wachstumstempo der Einfuhren (rund 23 vH). Setzen sich

die derzeitigen starken Preissteigerungen fort — und die zu erwartende Lohnkostenentwicklung spricht dafür —, so dürften in den kommenden Monaten, insbesondere ab 1970 — eher retardierende Einflüsse vom Außenhandel ausgehen.

Damit könnte die Fiskalpolitik zur entscheidenden Wachstumsstütze werden. Der Haushaltsplan für 1969 sah eine Steigerung der Einnahmen von rund 10 vH, der Ausgaben von rund 13 vH vor.

Hat die Anpassungs-inflation begonnen?

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik steht auch im Spätsommer dieses Jahres im Zeichen eines fortdauernden konjunkturellen Aufschwungs. Nach wie vor stehen die Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrie im Zentrum der gesamtwirtschaftlichen Expansion. Die Nachfrage — gemessen am Auftragseingang — nahm bis zuletzt in einem Tempo zu, das die Möglichkeiten der Produktionsausweitung überstieg. Dies ist nunmehr ganz eindeutig auf die Entwicklung der Inlandsnachfrage zurückzuführen; die Auslandsnachfrage nach den Erzeugnissen dieser Industriegruppe hat dagegen in den letzten Monaten — bei einem außerordentlich hohen Niveau — nicht weiter zugenommen. Dabei ergaben sich auch hier bis zuletzt im Vorjahrsvergleich sehr hohe Zuwachsraten (Juli 1969: Inland + 36,6 vH; Ausland + 22,6 vH).

Abgeschwächt hat sich das Nachfragewachstum nach Produkten der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. In diesem Bereich ist die entscheidende Verlangsamung des Tempos jedoch bei den inländischen Bestellern zu suchen, die ihre weitere Ordertätigkeit nach einer weitgehenden Auffüllung der Rohstofflager offenbar dem laufenden Bedarf angepaßt haben.

Bei den Verbrauchsgüterindustrien gehen die stärkeren Impulse von der Auslandsnachfrage aus. Die Exportquote ist in diesem Bereich allerdings vergleichsweise niedrig, so daß die Konjunkturlage der Verbrauchsgütererzeugung weit überwiegend von den Tendenzen des Inlandsgeschäftes abhängt; hier wurde nach einer Beruhigung der inländischen Nachfrageentwicklung während des Frühsommers in letzter Zeit wieder eine Verstärkung der Ordertätigkeit erkennbar.

Die Produktion der Industrie hat seit Frühjahr fast unvermindert und wesentlich schneller zugenommen, als es allgemein in Anbetracht der hohen Kapazitätsauslastung für möglich gehalten worden ist. Der konjunkturelle Anstieg der Produktion von Monat zu Monat entspricht gegenwärtig einem jährlichen Wachstum von 11—12 vH; auch im effek-

Dieser Spielraum wurde jedoch nicht voll genutzt. Für 1970 wird von einer Beschleunigung des Einnahmenezuwachses auf 12,5 vH, des Ausgabenezuwachses auf rund 15 vH ausgegangen. Durch Mobilisierung der übertragbaren Ausgabenreste könnte die Haushaltspolitik im kommenden Jahr noch expansiver gestaltet werden. Die Regierung steht vor der schwierigen Aufgabe, den dämpfenden Kräften rechtzeitig zu begegnen, ohne den Kosten- und Preisauftrieb zu begünstigen.

tiven Vorjahrsvergleich errechnen sich Jahreszuwachsdaten dieser Größenordnung (Juli 1969 gegen Juli 1968: + 13 vH arbeitstäglich). Noch immer erwies sich damit das Angebotspotential der Industrie als sehr elastisch. Die Differenzierung des Produktionswachstums nach Industriegruppen folgt der unterschiedlichen Expansion der Nachfrage: Wie dort sind es die Investitionsgüterindustrien, die am stärksten expandieren. Zu einem nicht unbedeutenden Teil ist die starke Produktionsausdehnung der Investitionsgüterindustrien zwar auf den Fahrzeugbau zurückzuführen. Doch auch die Erzeugung „reiner“ Investitionsgüter nimmt schneller zu als die industrielle Produktion insgesamt.

Der starken Industrie- und speziell der Investitionsgüterkonjunktur ist die hohe Auslastung des Arbeitskräftepotentials zuzuschreiben. Die Zahl der Arbeitnehmer liegt insgesamt etwa 3 vH, in der Industrie um etwa 5 vH über dem Vorjahrsniveau, in der Investitionsgüterindustrie sogar um 8 vH. Dem Nachfragesog der Industrie ist es somit zuzuschreiben, daß über den fast vollständigen Abbau der Arbeitslosigkeit hinaus in zunehmendem Maße Gastarbeiter angeworben und eingestellt werden.

Weitaus schwächer als die Industrie ist die Bauwirtschaft vom konjunkturellen Aufschwung begünstigt worden. Zwar sind im zweiten Quartal dieses Jahres die witterungsbedingten Produktionsausfälle vom Jahresbeginn weitgehend wettgemacht worden, zur Jahresmitte ist die Produktion aber wieder auf ihren bisherigen flachen Wachstumstrend eingeschwenkt. Die geringe Expansion ist auf die schwache Konjunktur im Hochbausektor zurückzuführen, der weder von der Wohnungswirtschaft noch von der öffentlichen Hand ausreichende Impulse erhält. Die schon im Ansatz restriktive Ausgabenplanung des staatlichen Bereichs, verstärkt durch die unter konjunkturellen Gesichtspunkten vorgenommene Streichung von Ausgaben und Stilllegung von Einnahmen, trifft hier unmittelbar einen Sektor, dessen Entwicklung auch ohne diese Zurückhaltung kaum fühlbar zu einer zusätz-

lichen Erhitzung des konjunkturellen Gesamtklimas beigetragen hätte.

Der Zuwachs des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit hat im ersten Halbjahr den Anschluß an das Wachstumstempo des nominalen Bruttosozialprodukts gefunden. Eine Wachstumsdifferenz wäre erhalten geblieben, wenn die Lohnentwicklung allein durch die tariflichen Vereinbarungen bestimmt worden wäre. Die wachsende „Lohndrift“ hat jedoch zur Parallelentwicklung beider Größen geführt. Infolge der progressiven Wirkungen der Lohnsteuer sowie der Beitragserhöhungen der Sozialversicherungen steigen aber die Nettolöhne und -gehälter auch gegenwärtig noch schwächer als das Sozialprodukt.

Die nicht zuletzt aufgrund dieser Lohnentwicklung noch immer unterdurchschnittliche Expansion des privaten Verbrauchs war bisher von relativ geringen Preiserhöhungen begleitet. Die Jahreszuwachsrate des Preisindex der Lebenshaltungskosten für alle privaten Haushalte hat sich nicht weiter vergrößert; mit einer Indexzunahme von 2,7 vH gegenüber dem Vorjahr ist die Zuwachsrate im August nicht größer gewesen als im Mai, konjunkturell war eher eine leichte Abschwächung des Preisanstiegs im Verbrauchsbereich zu verzeichnen.

Beurteilt man die Wirtschaft der Bundesrepublik zur Jahresmitte 1969 lediglich anhand des Produktionswachstums, so ergibt sich das Bild eines erfreulichen und unerwartet starken Expansionsprozesses. Das kaum abgeschwächte Wachstum der Nachfrage bei der Industrie gewährleistet darüber hinaus auch in der nächsten Zeit die Aufrechterhaltung des Produktionswachstums in dem Rahmen, der durch die laufende Erhöhung der Kapazitäten gegeben ist.

Eine Betrachtung der Strukturen von Sozialproduktverwendung und Einkommensverteilung im ersten Halbjahr 1969 offenbart jedoch gravierende Schwächen, die — zum größten Teil Erbe der Rezession — auch im Verlauf des Aufschwungs noch nicht ausgeglichen worden sind. Zieht man als Maßstab für diese Unausgeglichheiten die Verteilungs- und Verwendungsstrukturen der jeweils ersten Halbjahre 1965 und 1966 heran, so zeigt sich in der Einkommensverteilung ein erheblicher Rückstand der Netto-Lohnquote, die — bezogen auf das Bruttosozialprodukt — gegenwärtig noch um rund 2 vH niedriger ist als damals. Bei den Bruttolöhnen und -gehältern ist dieser Rückstand geringer, aber mit rund 1 vH noch immer beträchtlich. Dagegen liegt die Quote der Bruttogewinne gegenwärtig etwa zwischen den in den gewählten Vergleichsperioden zu errechnenden Anteilen.

Ein Anteilsverlust von etwa 1 vH ist für den privaten Verbrauch festzustellen. Die Ausrüstungs-

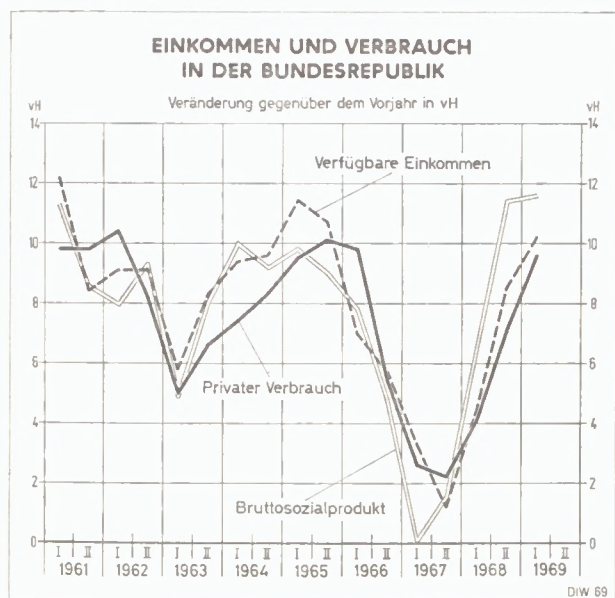
und die Bauinvestitionen haben ihre damaligen Anteile am Bruttosozialprodukt bisher ebenfalls nicht wieder erreicht; der Rückstand ist bei den Bauinvestitionen erheblich größer als bei den Ausrüstungen. Wesentlich größer als damals ist dagegen der Anteil des Außenbeitrages. War er damals ganz unbedeutend, beträgt er jetzt 2,5 vH des Bruttosozialproduktes.

An diesen groben Strukturdivergenzen werden die hauptsächlichen Ursachen der gegenwärtigen konjunkturellen Probleme und wirtschaftspolitischen Zielkonflikte deutlich. Zum Teil bedingen sie sich gegenseitig und sind nicht ohne Berücksichtigung des vom Staat ausgehenden Einflusses zu sehen, der z. B. durch die progressiven Wirkungen der Lohnsteuer und die Beitragserhöhungen im Bereich der Sozialversicherung dazu beiträgt, daß sich der Einkommensrückstand der Arbeitnehmer derartig vergrößerte und daß der private Verbrauch bei gegebener Lohnentwicklung noch nicht zum Sozialproduktswachstum aufschließen konnte. Mit dem relativ schwachen Wachstum der Lohnsätze und der Ausgabenzurückhaltung des Staates, insbesondere im Investitionsbereich, waren sowohl von den Kosten- wie von der Nachfrageseite her Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des hohen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichtes gegeben.

Die lohnpolitischen Konflikte dieses Monats sind ökonomisch als eine Bewegung zu bewerten, die auf einen Ausgleich der strukturellen Ungleichgewichte gerichtet ist, nachdem die wirtschaftspolitischen Instanzen im Frühjahr dieses Jahres auf eine D-Mark-Aufwertung verzichtet haben, mit der ebenfalls derartige Ausgleichstendenzen hätten eingeleitet werden können. Die in den neuen Tarifabkommen vereinbarten hohen Lohnsteigerungen werden in den nächsten Monaten aller Voraussicht nach den Maßstab für weitere tarifliche und außer-tarifliche Lohnsteigerungen setzen. Der Rückstand der Arbeitnehmereinkommen wird damit aufgeholt werden, der private Verbrauch kann verstärkt expandieren. Allerdings ergibt sich daraus nun auch von der Lohnseite her ein Druck auf die Nettogewinne der Unternehmen, der die schon vom Fiskus ausgehenden Kürzungen dieser Einkommen verstärkt. Die Unternehmer werden versuchen, diesem zunehmenden Druck durch eine Überwälzung der steigenden Kosten auf die Preise auszuweichen. Der Konjunkturverlauf im nächsten Jahr wird dann davon abhängen, ob die Wirtschaftspolitik die damit zu erwartenden verstärkten Preiserhöhungen hinnimmt, oder ob sie mit starken fiskalpolitischen und monetären Restriktionen versucht, den Preisauftrieb einzudämmen. Damit würde die Wirtschaft aber unter den gegebenen Bedingungen abermals in eine Rezession hineingeführt werden müssen.

Anhaltende Expansion des privaten Verbrauchs

Die Ausgaben der privaten Haushalte waren im ersten Halbjahr 1969 um 13,5 Mrd. DM höher als zur gleichen Zeit 1968. Damals machte der Mehrbetrag gegenüber 1967 5,5 Mrd. DM aus und im zweiten Halbjahr 1968 erreichten die zusätzlichen Verbrauchsausgaben 10,4 Mrd. DM. Der relative Verbrauchszuwachs war im zweiten Quartal dieses Jahres mit + 9,4 vH im Vorjahresvergleich etwas geringer als im ersten Vierteljahr (9,9 vH). Die Abschwächung der Zuwachsrate drückt allerdings keine konjunkturelle Verlangsamung des Verbrauchsanstieges aus: Der Verbrauch war zu Beginn des Jahres 1968 im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Umsatzsteuersystems und der auf das vierte Quartal 1967 vorgezogenen Käufe sehr niedrig. Dadurch wird der Mehrverbrauch im ersten Quartal 1969 auf ein relativ schwaches Vorjahrsniveau bezogen. Im zweiten Quartal 1969 war dann der absolute Verbrauchszuwachs — bei merklich höherem Vorjahrsniveau — sogar etwas größer als im ersten.



Noch immer wuchs in der Berichtsperiode der private Verbrauch schwächer als das Bruttosozialprodukt, wenn auch nun eine Annäherung beider Zuwachsraten festzustellen ist. Das Verbrauchswachstum war jedoch wieder ebenso stark wie im Jahre 1965, als die Verbrauchsausdehnung in der damaligen Aufschwungsphase ihren Höhepunkt erreichte und dabei das Wachstumstempo des Sozialprodukts übertraf. Die jetzige Konstellation läßt daher noch eine weitere Verstärkung des Verbrauchswachstums erwarten, selbst wenn sich im weiteren Jahresverlauf das Sozialproduktswachstum abschwächen sollte. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß in nächster Zeit der Entwicklungs-

abstand des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte gegenüber dem Sozialprodukt wettgemacht wird. Denn im Unterschied zu der vergleichbaren Phase 1963 bis 1965 ist die Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte seit Sommer 1967 — ihrem Tiefpunkt — stets hinter der des Sozialprodukts zurückgeblieben.

In der gegenwärtigen Situation kann davon ausgegangen werden, daß die Verbrauchsneigung auch bei weiter verstärktem Einkommenswachstum sehr groß bleiben wird. Zwar zeigt der starke Wettbewerb im Einzelhandel, daß die Verbraucher bisher den Leistungen ihrer Lieferanten sehr kritisch gegenüberstanden und sie damit auch der Durchsetzung von Preissteigerungen für Konsumgüter gewisse Grenzen gesetzt haben; doch die unverkennbaren Bestrebungen, den in der Rezession zurückgestauten Bedarf „noch zu geringeren Preisen“ zu befriedigen, dürften durch die Erwartung nicht unbeträchtlicher Einkommenserhöhungen gefördert werden.

In den Verwendungsbereichen des privaten Verbrauchs waren im ersten Halbjahr 1969 die folgenden Entwicklungstendenzen zu erkennen: Der vergrößerte Einkommensspielraum begünstigte insbesondere die Bereiche „Kleidung, Schuhe“ und „Sonstige Waren und Dienstleistungen“. Zwar entfiel wiederum der größte Teil (26 vH) der Mehrausgaben auf den Verwendungsbereich „Wohnung“ (einschließlich Energiekosten). Die Jahreszuwachsrate war in diesem Bereich ebenfalls mit Abstand am höchsten. Doch hat sich das Ausgabenwachstum hier nicht beschleunigt. Nach wie vor wird es fast unabhängig vom Einkommen durch die Mietpreissteigerungen bestimmt; der lange kalte Winter verursachte außerdem einen vermehrten Brennstoff- und Energieverbrauch, für den über 12 vH zusätzlich aufgewendet werden mußten. Die Preise für Energie und Brennstoffe lagen aber nur um reichlich 1 vH über denen des Vorjahres; in der gleichen Zeit des Jahres 1968 waren sie — vor allem infolge der Einführung der Mehrwertsteuer — um fast 7 vH gestiegen.

Am geringsten war der relative Zuwachs im Verwendungsbereich Nahrungs- und Genußmittel (+ 6,5 vH). Doch hat sich das Ausgabenwachstum in diesem Sektor beschleunigt. Seit Herbst vorigen Jahres stiegen die Preise für Nahrungs- und Genußmittel, die bis dahin zurückgegangen waren, ständig; sie lagen im zweiten Quartal um 3 vH über ihrem Vorjahrsstand. Der reale Verbrauch ist in fast unverändertem Tempo gewachsen.

Eine bemerkenswert lebhaftete Steigerung erfuhr der Verwendungsbereich Bekleidung und Schuhe,

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik¹⁾

Bedarfsgruppe	1968	1968		1969	1968				1969	
		1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Werte in Mrd. DM										
Nahrungs- und Genußmittel ²⁾	96,1	46,4	49,7	49,4	22,4	24,0	23,9	25,8	23,8	26,6
Kleidung, Schuhe	33,0	14,7	18,3	15,9	6,8	7,9	7,5	10,8	7,3	8,6
Wohnung ³⁾	49,6	24,3	25,3	27,8	12,6	11,7	12,2	13,1	14,4	13,4
Sonstige Waren und Dienstleistungen ⁴⁾	118,6	54,9	63,7	60,7	26,0	28,9	29,1	34,6	29,0	31,7
Insgesamt	297,3	140,3	157,0	153,8	67,8	72,5	72,7	84,3	74,5	79,3
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH										
Nahrungs- und Genußmittel ²⁾	3,7	2,6	4,7	6,5	1,9	3,2	2,1	7,2	6,3	6,7
Kleidung, Schuhe	3,1	— 0,2	5,9	8,4	— 5,0	4,3	3,6	7,5	7,1	9,5
Wohnung ³⁾	13,1	12,4	13,8	14,2	14,2	10,6	13,9	13,8	14,2	14,3
Sonstige Waren und Dienstleistungen ⁴⁾	5,1	3,2	6,8	10,5	— 0,3	6,5	6,1	7,3	11,6	9,6
Insgesamt	5,7	4,1	7,1	9,6	2,3	5,8	5,7	8,2	9,9	9,4

¹⁾ Berechnung des DIW ; einschl. Berlin (West); vorläufig. — ²⁾ Einschl. Verzehr in Gaststätten. — ³⁾ Einschl. Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä. — ⁴⁾ Einschl. Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.

¹⁾ Berechnung des DIW ; einschl. Berlin (West); vorläufig. — ²⁾ Einschl. Verzehr in Gaststätten. — ³⁾ Einschl. Elektrizität, Gas, Brennstoffe u. ä. — ⁴⁾ Einschl. Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter.

der bei nur geringen Preiserhöhungen um reichlich 8 vH gegenüber dem Vorjahr expandierte. Im zweiten Quartal ist hier zum ersten Male seit Anfang 1966 eine dem gesamten privaten Verbrauch entsprechende relative Zunahme erzielt worden.

Die Ausgaben für die übrigen Verwendungsbereiche — hier in der Sammelgruppe „Sonstige Waren und Dienstleistungen“ zusammengefaßt — haben sich im ersten Halbjahr um über 10 vH erhöht. Hervorzuheben ist besonders die Gruppe „Waren und Dienste für Verkehrszwecke“. Deutlich schlägt sich das Nachholen der in der Rezession zurückgehaltenen Käufe von Kraftfahrzeugen nieder. Dies führte zu einem Jahreszuwachs von 12,5 vH. In den Verwendungsbereichen der Haushaltsführung und des persönlichen Bedarfs wurden

eindeutig die Anschaffungen langlebiger Gebrauchsgüter, wie z. B. Möbel, Elektroerzeugnisse, Schmuck, bevorzugt.

Für den weiteren Jahresverlauf kann eine nochmalige Verstärkung des Verbrauchswachstums angenommen werden. Die Verteilung der Mehrausgaben auf die einzelnen Verwendungsbereiche wird sich nicht entscheidend verändern. Leicht abschwächen dürfte sich die Entwicklung der Ausgaben für Bekleidung und Schuhe, die Ende vorigen Jahres bereits stark erhöht worden waren. Der Anstieg der Aufwendungen für langlebige Konsumgüter könnte sich dagegen noch beschleunigen. Ein großer Teil dieser Waren wird von dem zu erwartenden guten Weihnachtsgeschäft zusätzlich begünstigt werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel,
Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der
Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, in Vertretung Dr. Horst Seidler.

Tendenz zum internationalen Wachstumsgleichschritt bearbeitet von Manfred Teschner. — Hat die Anpassungs-inflation begonnen?
bearbeitet von Horst Seidler. — Anhaltende Expansion des privaten Verbrauchs bearbeitet von Charlotte Otto-Arnold.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—